Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 32 (1976)
Heft: 5-6

Rubrik: Nationalratswahlen 1975

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der verheirateten und der alleinstehenden berufstätigen Frauen in ihren Kantonen festzustellen und das Resultat ihrer Erhebung dem Schweizerischen Verband zu melden. In einem weiteren Vorschlag beantragte die Sektion Lausanne finanzielle Hilfe für ein Projekt in der Dritten Welt. Eine von der Delegiertenversammlung beschlossene Kommission wird sich mit dieser Frage näher befassen.

Ein Vorschlag der Sektion Estavayer auf Abänderung des Namens des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte konnte ebenfalls nicht definitiv entschieden werden; auch diese Frage bedarf noch einer genaueren Prüfung.

Anregungen für die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen

Der Zentralvorstand des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte hat zudem beschlossen, der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen folgende Anliegen zu unterbreiten: Verselbständigung der AHV-Frauenrenten und Einführung einer Witwerrente, Aufhebung der fremdenpolizeilichen Ausweisung von Ausländern, die mit einer Schweizerin verheiratet sind, Einführung eines Quorums bei eidgenössischen Wahlen zur Verbesserung der Frauenvertretung im Nationalrat und vermehrte Zuziehung von Frauen bei Diskussionen in den Massenmedien.

Nationalratswahlen 1975

In der Ausgabe 1/2 1976 der «Staatsbürgerin» haben wir Zahlen über die Stimmbeteiligung der Frauen und Männer der Stadt Zürich bei den Nationalratswahlen vom letzten Herbst publiziert. Inzwischen wurden solche Zahlen auch vom Kanton erhältlich. Das Statistische Amt des Kantons Zürich befasst sich zwar gegenwärtig noch mit der Auswertung der Wahlergebnisse und eine ausführliche Publikation wird erst im Sommer zur Veröffentlichung gelangen. Dem Bedürfnis entsprechend wurden aber einige aktuelle Hauptresultate bereits bekanntgegeben.

Die Wahlbeteiligung sinkt

Die Zahl der im Kanton Zürich bei den Nationalratswahlen Wahlberechtigten erhöhte sich von 644 893 im Jahre 1971 auf 666 096 im Jahre 1975; es handelt sich hierbei um den zweiten Wahlgang seit der politischen Gleichstellung der Frauen. Dies entspricht einer Zunahme von 21 203 Personen oder 3,3 Prozent. Die Wahlbeteiligung weist jedoch wiederum einen bedeutenden Rückgang auf, und zwar von 57,8 Prozent im Jahr 1971 auf 50,4 Prozent anlässlich der letztjährigen Wahlen. Damit wurde ein negatives Spitzenresultat erreicht. Zudem beteiligten sich im Jahre 1975 in der Stadt Zürich lediglich 48,8 Prozent der Wahlberechtigten an der Neubestellung der 35 zürcherischen Nationalräte, womit hier erstmals seit 1919 die 50-Prozent-Grenze unterschritten wurde.

Übereinstimmend mit der Auswertung der Kantonsratswahlen 1975 war es mittels einer nach dem Geschlecht getrennten Auszählung der abgegebenen Stimmrechtsausweise auch bei den Nationalratswahlen möglich, über einen politsoziologischen Aspekt Informationen zu erhalten. Da ein abgegebener Stimmrechtsausweis allerdings nicht gleichbedeutend mit der Teilnahme an den Nationalratswahlen sein muss, darf die Zahl der abgegebenen Stimmrechtsausweise in Prozent der

Wahlberechtigten nur approximativ als Massstab einer geschlechtsspezifischen Wahlbeteiligung angesehen werden. Die kleineren Prozentwerte bei den Frauen bezüglich der abgegebenen Stimmrechtsausweise im Vergleich zum männlichen Geschlecht lassen sich ohne weiteres im Sinne eines Gradmessers für eine differenzierte Wahlbeteiligung auslegen. Betrug bei den Kantonsratswahlen der Unterschied 6,9 Prozent zugunsten des männlichen Geschlechts, so liegt die Differenz bei den Nationalratswahlen desselben Jahres bei 8,0 Prozent.

Die zahlenmässigen Ergebnisse lauten wie folgt: Von den 252 911 Wahlberechtigten der **Stadt Zürich** gaben insgesamt 130 141 (51,5 Prozent) ihren Stimmrechtsausweis ab. Wahlzettel wurden indessen nur 123 524 (48,8 Prozent) eingelegt. 61 023 oder 56,3 Prozent der 108 396 wahlberechtigten Männer und 69 118 oder 47,8 Prozent der 144 515 wahlberechtigten Frauen gaben ihren Stimmrechtsausweis ab.

Die **Stadt Winterthur** zählte 53 080 Wahlberechtigte, von denen 29 544 (55,7 Prozent) ihren Stimmrechtsausweis abgaben und 28 661 (54,0 Prozent) die Wahlzettel einlegten. 14 480 (60,1 Prozent) der 24 074 wahlberechtigten Männer und 15 064 (51,9 Prozent) der 29 006 Frauen gaben ihren Stimmrechtsausweis ab.

Die 169 **übrigen Gemeinden** wiesen insgesamt 360 105 Wahlberechtigte auf. 190 544 (52,9 Prozent) gaben den Stimmrechtsausweis ab, 183 583 (51,0 Prozent) legten die Wahlzettel ein. Von den 170 750 wahlberechtigten Männern gaben 97 127 (56,9 Prozent) ihren Stimmrechtsausweis ab, von den 189 355 wahlberechtigten Frauen taten dies nur 93 417 (49,3 Prozent).

Für den ganzen Kanton Zürich ergeben sich folgende Zahlen:

Wahlberechtigte insgesamt	666 096	
Eingelegte Wahlzettel	335 782	50,4%
Abgegebene Stimmrechtsausweise	350 229	52,6%
Wahlberechtigte Männer	303 220	
Stimmrechtsausweise von Männern abgegeben	172 630	56,9%
Wahlberechtigte Frauen	362 876	
Stimmrechtsausweise von Frauen abgegeben	177 599	48,9%

Sowohl in der Stadt Zürich wie in Winterthur gingen zahlenmässig mehr Frauen als Männer zur Urne. In den 169 übrigen Gemeinden war das Verhältnis umgekehrt, doch im ganzen Kanton überwog die Zahl der ihren Stimmrechtsausweis abgebenden Frauen diejenige der Männer um nahezu 5000.

Parteistärke

Das Total der Stimmen zugunsten einer Parteiliste lässt sich unterteilen in die parteieigenen und die parteifremden Stimmen. Parteieigene Stimmen stammen ausschliesslich von Wahlzetteln der eigenen Parteiliste. Die parteifremden Stimmen ergeben sich in erster Linie aufgrund panaschierter Wahlzettel; jedoch zählen auch die Stimmen von Wahlzetteln ohne Listenbezeichnung (freie Listen) zu den parteifremden Stimmen. Im Durchschnitt aller Parteien rühren rund 89 Prozent aller Stimmen von parteieigenen Listen her. Für die einzelnen Parteien lassen sich allerdings stark variierende Werte erkennen. Erwartungsgemäss ist der Anteil der parteieigenen Stimmen bei den grossen Parteien im allgemeinen höher als dies bei

den kleineren und erst in jüngster Zeit entstandenen politischen Gruppierungen der Fall ist.

Für die Beurteilung des Erfolges einer Partei bzw. einer Parteiliste muss von der Summe der eigenen und der fremden Stimmen ausgegangen werden. Unter Berücksichtigung von Stadt- und Landliste vermochten die Sozialdemokraten 23,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen; die Freisinnig-Demokratische Partei eroberte mittels beider Listen einen Stimmenanteil von 18,5 Prozent. Hierauf folgt die Liste des Landesrings der Unabhängigen mit 15,6 und jene der SVP/BGB-Mittelstandspartei mit 11,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Mit Hilfe beider Listen beziffert sich sodann das Wahlergebnis der Christlichdemokratischen Volkspartei auf 9,4 Prozent. Unter den kleineren Parteien stehen die Schwarzenbach-Republikaner mit 6,2 Prozent an vorderster Stelle, gefolgt von der Evangelischen Volkspartei mit 5,4 und der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung mit 4,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den restlichen Parteilisten blieben die Stimmenanteile durchwegs unterhalb der 2-Prozent-Grenze; die Politisch Interessierten Frauen erreichten einen Stimmenanteil von 0,8 Prozent.

Herkunft der Stimmen

Parteifremde Kandidaten auf eine bestimmte Parteiliste zu setzen, stellt eine der gesetzlichen Möglichkeiten dar, den Wahlzettel abzuändern. Diese parteifremden Stimmen vermögen das Wahlergebnis in einem mehr oder weniger grossen Ausmass zu beeinflussen, wobei hier allerdings von Seiten des Wählers weit mehr die Absicht besteht, bestimmte Persönlichkeiten zu unterstützen als eine bestimmte Partei. Der Anteil der parteifremden Stimmen variiert in einem ausserordentlich weiten Rahmen. Mit 61,2 Prozent an parteifremden Stimmen steht James Schwarzenbach (Republikaner) an der Spitze; an zweiter Stelle folgt Willy Sauser (EVP) mit 50,9 Prozent. Wir nennen abschliessend noch die Resultate der gewählten Nationalrätinnen und jener Kandidatinnen, welche unter die stimmenhöchsten Ersatzleute fallen.

Gewählt	parteieigene Stimmen	parteifremde Stimmen	Total	%-Anteil Fremdstimmen
Hedi Lang (SP)	45 672	13 722	59 394	23,1
Helen Meyer (CVP)	20 065	5 942	26 007	22,8
Doris Morf (SP)	43 647	7 013	50 660	13,8
Martha Ribi (FdP)	40 622	27 933	68 555	40,7
Lilian Uchtenhagen (SP)	54 901	24 730	79 631	31,1
Ersatzleute				
Margrit Lörtscher (SVP/BGB)	34 825	4 309	39 134	11,0
Leni Oertli (EVP)	15 927	5 295	21 222	25,0
Monika Weber (LdU)	42 785	6 748	49 533	13,6

Auch von einzelnen Frauen ist ein beachtlicher Anteil an Fremdstimmen erzielt worden. Martha Ribi verdankt sogar ihren Platz an der Spitze der Gewählten ihrer Parteiliste diesen fremden Stimmen; Regierungsrat Hans Künzi, der auf der Wahlliste den ersten Platz eingenommen hatte, erhielt mehr parteieigene Stimmen.

Wahlarithmetik um Frauen

Arithmetik mit den Ergebnissen der Nationalratswahlen wurde nicht nur im Kanton Zürich betrieben. Christine Gafner (Adresse: Postfach 134, 3111 Münsingen) hat eine umfassende Wahlanalyse über die als Kandidatinnen beteiligt gewesenen Frauen in der ganzen Schweiz ausgearbeitet. Die Analyse kann gegen Einsendung von 4 Franken in Briefmarken angefordert werden.

Die Zusammenstellung beginnt mit einem Verzeichnis der gewählten Nationalrätinnen. Daraus ergibt sich, dass von diesen 15 Frauen nicht weniger als 8 an der Spitze der Gewählten ihrer Partei stehen. Es folgen — nach Kantonen und Parteien geordnet — alle nicht gewählten Kandidatinnen unter Angabe ihrer Ersatzränge sowie Vergleiche zwischen den beiden Wahlgängen von 1971 und 1975.

In ihren Schlussfolgerungen hält die Autorin fest, dass die Regierungsparteien — ohne SVP — gleichmässig durch Frauen vertreten sind, dass dagegen die Kandidatinnen von kleineren Parteien keine Chance hatten. Gleichmässig vertreten sind auch die Jahrgänge zwischen 1912 und 1943, unter den Berufen überwiegen die Akademikerinnen stark. Von den 11 Frauen, die 1971 und 1975 kandidiert haben, verbesserten 6 ihre Ränge, 5 blieben gleich und keine kam auf einen schlechteren Platz. 8 dieser 11 Frauen verbesserten ihre Stimmenzahl, 2 kamen auf ein schlechteres Ergebnis. Drei der 11 Frauen, die an beiden Wahlgängen teilnahmen, wurden 1975 nicht mehr wiedergewählt, 2 davon wegen Sitzverlust ihrer Partei. Aus den Kantonen mit mindestens 12 Sitzen in der Grossen Kammer haben nur noch zwei — Aargau und Bern — keine Nationalrätin.

Bei den Frauen in den Ersatzrängen zeigt sich, dass jene aus den Linksaussen-Parteien am besten, jene aus den Rechtsaussen-Parteien am schlechtesten abgeschnitten haben. «Dies ist aber unerheblich», fügt die Autorin bei, «da die betreffenden Parteien meist weit weg von einem Sitz sind.» In den grossen Parteien ist keine Tendenz ersichtlich, indem die Frauen in allen Rängen ziemlich gleichmässig vertreten sind. Das Alter der Kandidatinnen schien keine Rolle zu spielen; Frauen mit akademischen Berufen kamen besser weg als andere, am ungünstigsten hat sich die Berufsbezeichnung «Hausfrau» ausgewirkt.

Und schliesslich noch ein Hinweis auf die verschiedenen Landesteile: Am besten schnitten die Frauen in der Welschschweiz, am schlechtesten die Tessinerinnen ab.

Sind die Parteien frauenfeindlich?

Diesen Titel trägt eine dünne Broschüre, in welcher ein Stimmbürger von Reinach BL das Ergebnis der Einwohnerratswahl in seiner Gemeinde genau unter die Lupe nimmt. Und der Befund zeigt: eine klare Antwort fällt nicht leicht!